



Next Generation EU: Die Europa-Hauptstadt Brüssel für Jugendliche erlebbar machen

Von Peter Kurri, Paul Schmidt
Wien, 25. Juni 2020
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Den Brüssel-Reisen für Jugendliche muss ein fundiertes pädagogisches Konzept zugrunde liegen.
2. Ein so anspruchsvolles Projekt benötigt langfristige und finanzielle Planungssicherheit für potentielle Partner, um nachhaltig wirken zu können.
3. Gelingt die ambitionierte Umsetzung dieses Bildungsprojektes, könnten andere EU-Länder dem österreichischen Beispiel folgen.

Zusammenfassung

Die österreichische Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, alle 15- bis 20-Jährigen einmal während ihrer Ausbildung nach Brüssel zu den EU-Institutionen reisen zu lassen. Gerade mit Blick auf die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union ist es wichtig die Jugend, unter anderem durch die Umsetzung dieser Idee, für europäische Politik zu sensibilisieren. Denn die Meinung der Jugend muss erfragt werden, wenn es darum geht, über die weitere Richtung der Europäischen Integration zu entscheiden. Es wird eine Zeit nach der Corona-Pandemie kommen, in der freies Reisen wieder allen ermöglicht wird und die Realisierung dieses Projekts konkret in Angriff genommen werden kann. Bis dahin sollte klar sein, wie dieses, absolut begrüßenswerte Vorhaben, auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Die seit ca. 70 Jahren bestehende Wien-Aktion kann hierfür nicht nur ideell, sondern auch in Fragen der

Organisation und der Finanzierung als Vorbild dienen. Aufbauend auf der Wien-Aktion, bestehenden Förderprogrammen und Projekten, die schon bisher vergleichbare Brüssel-Reisen erfolgreich durchgeführt haben, kann die Umsetzung dieses ambitionierten Unterfangens schrittweise gelingen. Programmatisch könnte das modulare Angebot von der Wien-Aktion übernommen werden. Der inhaltliche Fokus könnte auf demokratie- und europapolitische Entwicklungen sowie Zusammenhänge gerichtet und zudem die Bewältigung der kriegerischen Geschichte Europas thematisiert werden. Angesichts des Klimawandels und der 2020 erfolgten Wiedereröffnung einer direkten Nachtzugverbindung zwischen Österreich und Brüssel sollte dieses Projekt bei der Anreise auf die Bahn setzen. Die Dauer der Reise könnte auf drei Tage verkürzt werden, und die direkten Kosten für die SchülerInnen sollten 220 Euro pro Person nicht übersteigen.



Next Generation EU: Die Europa-Hauptstadt Brüssel für Jugendliche erlebbar machen

Einleitung

Die österreichische Bundesregierung hat sich in Ihrem Regierungsprogramm das Ziel gesetzt, die Europäische Union (EU) für die österreichischen Jugendlichen erlebbar zu machen:

„Ziel ist es, dass alle 15 – 20-Jährigen einmal in der Ausbildungszeit eine Woche nach Brüssel reisen und die EU-Institutionen kennenlernen.“¹

Die Umsetzung dieses Ziels wäre ein wichtiger, weiterer Schritt auf dem Weg die nächste Generation stärker in die Weiterentwicklung der Europäischen Union einzubinden und ihr Interesse an der europäischen Demokratie zu wecken, denn schon in der kommenden Debatte über die Zukunft der Europäischen Union scheint eine ehrliche Berücksichtigung ihrer Ansichten dringender denn je.

„Mit einer Reise in die ‚Hauptstadt der EU‘ soll für Jugendliche, neben der notwendigen Wissensvermittlung, die Europäische Integration auch zur Herzensangelegenheit werden.“

Den europäischen Gedanken durch Reisen und Fortbildung zu fördern ist eine Idee, die nicht nur von den europäischen Bahngesellschaften mit Interrail, einem Angebot das jährlich von ca. 300.000 Personen genutzt wird², schon 1972³ entdeckt wurde. Dieses wird auch von der EU durch Program-

me wie DiscoverEU, bei dem seit 2018 ca. 70.000⁴ 18-Jährige einen gratis Interrail-Pass bekommen haben, oder Erasmus+ und seine Vorgänger gefördert. Die österreichische Bundesregierung hat diesen Gedanken nun auch in ihr aktuelles Regierungsprogramm aufgenommen. Mit einer Reise in die „Hauptstadt der EU“ soll für Jugendliche, neben der notwendigen Wissensvermittlung, die Europäische Integration auch zur Herzensangelegenheit werden. Ein Anliegen, das auch öffentliche Unterstützung findet. Eine aktuelle Umfrage⁵ der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) zeigt beispielsweise, dass 62 Prozent⁶ der Befragten es für sinnvoll erachten, allen Jugendlichen die Möglichkeit zu eröffnen, die Arbeit der EU-Institutionen vor Ort kennen zu lernen.

Um diese Zielbestimmung nunmehr zur Umsetzung zu bringen, bedarf es vor allem politischen Willens. Der vorliegende Policy Brief hat es sich zur Aufgabe gemacht, einige der Herausforderungen aufzuzeigen, bestehende Förderprogramme und Reiseangebote, wie Europa.gemeinsam und die Wien-Aktion als Beispiele hervorzuheben und einen möglichen Weg für die Realisierung der Projektidee zu skizzieren.

1) „Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024“, Die Neue Volkspartei/Die Grünen - Die Grüne Alternative, Seite 178, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2044635-Das-Regierungsprogramm-zum-Downloaden.html> (Stand: 16.03.2020).

2) <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/economy/20161007STO46205/interrail-zahlen-und-fakten> (Stand 26.03.2020).

3) <https://www.railaxed.at/reisetipps/abenteuer-europa/retro-feeling-interrail.html> (Stand: 26.3.2020).

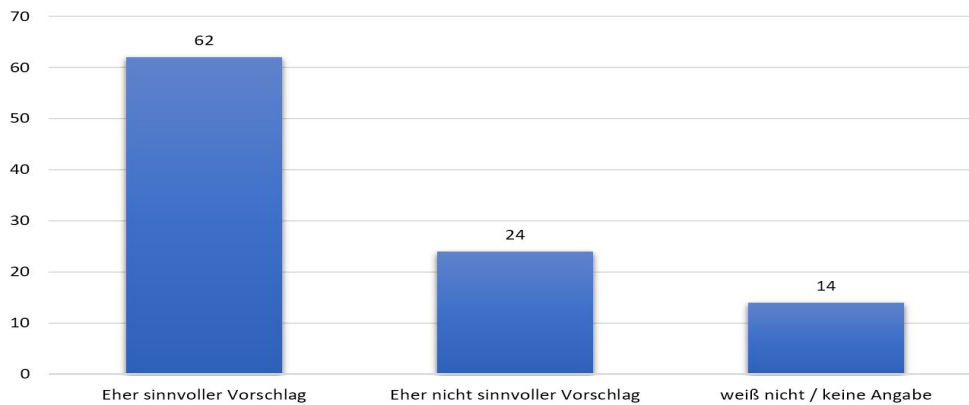
4) https://europa.eu/youth/discovereu_de (Stand: 26.03.2020).

5) Telefonische SWS-Umfrage im Auftrag der ÖGfE von 30.03. bis 14.04.2020 mit 512 repräsentativ ausgewählten ÖsterreicherInnen.

6) 24 Prozent kein sinnvoller Vorschlag / 14 Prozent weiß nicht / Keine Angabe.



Allen Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, die EU-Institutionen vor Ort kennen zu lernen



Telefonische Umfrage Teil SWS 290 Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS).

Umfragezeitraum: 30.3. bis 14.4. 2020

n= 512 repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre

Maximale Schwankungsbreite: +/- 4,3 Prozent.

Ausgangslage

Herausforderungen

Die Zielbestimmung der Regierung, alle 15- bis 20-Jährigen mittels einer Brüssel-Reise dem Europäischen Gedanken näher zu bringen, ist lobenswert. Man sollte sich diesem Vorhaben sinnvollerweise schrittweise nähern. Zunächst ist es wichtig, einen näheren Blick auf die Zahlen zu werfen:

Die Statistik Austria unterteilt die Bevölkerung Österreichs in, fünf Jahre umspannende, Altersgruppen. Für die Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen sind 439.004 Personen ausgewiesen und auch für die drei jüngeren Altersgruppen⁷ bewegt sich der Wert zwischen 420.286 und 435.133 Personen⁸.

Geht man also davon aus, dass sich die Anzahl der Jugendlichen über alle Jahrgänge annähernd gleich verteilt, ist in einem Jahrgang mit ca. 85.000-86.000 Jugendlichen zu rechnen.

Zusätzlich müsste auch die Zahl der benötigten BegleitlehrerInnen Berücksichtigung finden. Bei „Schulveranstaltungen in der Dauer von bis zu einem Tag ab der 5. Schulstufe und bei mehrtägigen Schulveranstaltungen [...] mit überwiegend projektbezogenen Inhalten [ist] je eine Begleitperson ab 17 bis 22 teilnehmenden Schülern und für je weitere 17 bis 22 teilnehmende Schüler“⁹ verpflichtend. Geht man also von einem günstigen Verhältnis von 1:22¹⁰ aus, würden für die Betreuung eines Jahrgangs rund 3.900 Begleitpersonen benötigt werden.

7) 0-4 Jahre, 5-9 Jahre und 10 bis 14 Jahre.

8) Bevölkerung zu Jahresbeginn 2002-2019 nach fünfjährigen Altersgruppen und Geschlecht, https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=023468 (Stand: 26.03.2020).

9) Verordnung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten über Schulveranstaltungen (Schulveranstaltungsverordnung 1995 – SchVV) §2. (4) 2.b), <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009986> (Stand: 26.03.2020).

10) Abgesehen von den gesetzlichen Rahmenbedingungen Sollte die Gruppengröße erfahrungsgemäß um die 50 TeilnehmerInnen liegen.



Weiters sollte beachtet werden, dass das Schuljahr aus lediglich 40 Wochen besteht und in diesen das Europäische Parlament in der Regel aktuell elfmal in Straßburg tagt. Dadurch verbleiben maximal 29 Wochen, in denen eine solche Reise, unter Berücksichtigung des Parlamentskalenders, durchgeführt werden könnte. Dies würde dazu führen, dass sich in jeder dieser Wochen ca. 3.100 Personen aufmachen würden, um dem Ziel, mit allen 15- bis 20-Jährigen in das „politische“ Brüssel zu reisen, zu entsprechen.

Nachdem davon ausgegangen werden muss, dass ein Treffen mit österreichischen EU-Abgeordneten - aufgrund der hohen Anzahl der Reisen - nicht für alle SchülerInnen möglich sein würde, könnten natürlich auch Wochen genutzt werden, in denen Plenarsitzungen in Straßburg stattfinden, um die EU-Institutionen in Brüssel kennen zu lernen. Bei nunmehr 39, die erste Schulwoche sollte weiterhin ausgespart bleiben, statt 29 möglichen Wochen, würde die durchschnittliche wöchentliche TeilnehmerInnenzahl auf rund 2.300 SchülerInnen inklusive Begleitpersonen sinken.

Im Vergleich dazu besuchten im Jahr 2019 etwa 167 Gruppen mit insgesamt 4.752 Personen die Ständige Vertretung Österreichs in Brüssel¹¹. 2.300 Personen entsprechen 11,5 Stück eines vollbesetzten Airbus A321, dem größten Mittelstreckenjet der Austrian Airlines, von dem vor der COVID-19-Pandemie, sechs Stück durch die Fluglinie betrieben wurden¹². Vergleichsweise kommt das wiederum dem Sechsfachen der derzeitigen Personenkapazität der direkten Nachtzüge nach Brüssel für eine Anreise in der Nacht von Sonntag auf Montag mit Rückreise von Donnerstag auf Freitag gleich.¹³

11) <https://www.bmeia.gv.at/oev-bruessel/besucherdienst/> (Stand: 26.03.2020).

12) https://www.austrian.com/Info/Flightinformation/OurFleet.aspx?sc_lang=de&cc=AT (Stand: 26.03.2020).

13) Die Verbindung Mittwochabend nach Brüssel zu fahren und Montagabend retour wird zwar ebenfalls angeboten, ist aber für eine Exkursion ins politische Brüssel nicht sinnvoll.

Diese Zahlen und Vergleiche sollen keinesfalls abschrecken, sondern lediglich die Herausforderung, vor der die Bundesregierung mit dieser Zielvorgabe in ihrem Programm steht, veranschaulichen. Durch bessere Ausnutzung des gesamten Schuljahrs und eine Reduktion auf 3 Tage in Brüssel¹⁴ würde sich die Last jedenfalls weiter verteilen lassen.

Aktuelle Fördersituation

Aktuell bieten sechs Bundesländer Förderungen für Reisen zu den EU-Institutionen in Brüssel an. Die Förderhöhe und -kriterien sind von Bundesland zu Bundesland jedoch unterschiedlich gestaltet. Im Burgenland¹⁵, in Kärnten¹⁶, Vorarlberg¹⁷ und der Steiermark¹⁸ ist die Förderhöhe mit 100 Euro pro Schüler festgesetzt. Salzburg¹⁹ wendet wiederum ein variables System an, bei dem die Förderhöhe von der Bewertung des jeweiligen Konzepts abhängt. Dabei sind die Zielgruppen der Förderung jeweils Schulen oder auch Elternvereine²⁰ des jeweiligen Bundeslandes.

14) Durch eine gestaffelte An- und Abreise reduziert sich nicht nur die Anzahl an maximal benötigten Betten, sondern es können auch die Lasten für die Fahrten besser verteilt werden. Dabei wären drei An- und Abfahrtstage je Woche möglich (Montag auf Mittwoch, Dienstag auf Donnerstag und Mittwoch auf Freitag).

15) <https://www.rmb.at/eu-schulreisen/> (Stand: 18.03.2020); <https://www.ljr.at/foerderungen/foerderungen-des-ljr/eu-schul-klassen-foerderung/> (Stand: 18.03.2020).

16) <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/leistung/1016591.html> (Stand: 18.03.2020). <https://europa.ktn.gv.at/aktionen/Br%3%bcssel-Schulaktion> (Stand: 18.03.2020).

17) Auskunft per E-Mail durch das EDIC Vorarlberg am 25. Juni 2020 nach Veröffentlichung des Policy Briefs. Erhalt der öffentlich zugänglichen Quelle am 26.06.2020: <https://vorarlberg.at/documents/21336/396307/Infoblatt/12abd181-efa1-435d-ad3e-61ee299fe762> (Stand: 26.06.2020).

18) <https://www.europa.steiermark.at/cms/beitrag/11604508/2950520/> (Stand: 18.03.2020).

19) <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/leistung/1018282.html> (Stand: 18.03.2020) <https://www.salzburg.gv.at/europa/Seiten/schul-eu-projekte.aspx> (Stand: 18.03.2020).

20) Kärnten und Steiermark



des, zum Teil begrenzt ab Schulstufe 9²¹ oder 10²². Tirol bietet auch eine Förderung²³ für natürliche und juristische Personen an, im Rahmen der gleichen Fördermaßnahme werden auch EU-Informationsveranstaltungen in Tirol durchgeführt, Förderhöhen sind nicht explizit angeführt und richten sich auch hier nach dem eingereichten Projekt²⁴.

Die FördergeberInnen setzen ein pädagogisches Konzept und den Besuch einer EU-Institution voraus, dementsprechend werden von manchen Bundesländern²⁵ nicht nur Exkursionen nach Brüssel, sondern auch nach Straßburg oder Luxemburg gefördert. Darüber hinaus sind alle FördernehmerInnen aufgefordert, die Exkursionen zu dokumentieren und diese Dokumentation den zuständigen Förderstellen zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Kärnten sieht als zusätzliche verpflichtende Maßnahme einen Besuch des Verbindungsbüros des Landes Kärnten in Brüssel vor. In der Steiermark ist hingegen ein vorbereitender zweistündiger Workshop vom Europe Direct Informationszentrum²⁶ Steiermark verpflichtend durchzuführen.

Das Bild, das sich aus der derzeitigen Förderungssituation ergibt, zeigt bereits einige Möglichkeiten für eine Umsetzung auf. Diese bestehen aus:

1. Der Vorbereitung, auch unter Mithilfe schulexterner Angebote.
2. Dem Besuch spezifischer Institutionen.
3. Der Nachbereitung bzw. der verpflichtenden Dokumentation mit Veröffentlichungsmöglichkeiten.

4. Der finanziellen Förderung in der Höhe von 100 Euro pro TeilnehmerIn durch die Bundesländer.

Anhand der folgenden Beispiele zu Umsetzung sowie Struktur soll aufgezeigt werden, dass eine so anspruchsvolle Vision, mit entsprechenden Adaptationen, sehr wohl realisierbar ist bzw. es möglich wäre, sich schrittweise der Zieldefinition anzunähern.

Best-Practice-Beispiele im Vergleich

Die Wien-Aktion

„Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) organisiert die Aktion ‚Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen‘ (Wien-Aktion) bereits seit etwa 70 Jahren und führt viele tausende Schüler/innen jedes Jahr nach Wien. Der einwöchige Aufenthalt soll der österreichischen Jugend die historisch-politische, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung Wiens in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verständlich machen.“²⁷

Die Wien-Aktion²⁸ wurde vor ca. 70 Jahren, also unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen und hatte zum Ziel, die junge Zweite Republik, in Abgrenzung zum Dritten Reich als eigenständigen Staat, mit Wien als Hauptstadt, in den Köpfen der SchülerInnen aus den Bundesländern zu etablieren. Ihre Zielgruppe „sind Schüler/innen der 7. bis 13. Schulstufe“²⁹, Berufsschulen sind in der Wien-Aktion nicht inkludiert. In den letzten drei Schuljahren beteiligten sich durchschnittlich 21.445 SchülerInnen³⁰ pro Jahr, dabei ist allerdings zu beachten, dass ca.

21) Burgenland

22) Salzburg

23) <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/leistung/1018779.html> (Stand: 18.03.2020).

24) https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/tirol-europa/europainformation/downloads/Foerderrichtlinien_neu.pdf (Stand: 18.05.2020).

25) Burgenland, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg

26) <https://europainfo.at/edis/> (Stand: 19.03.2020).

27) <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/schulpraxis/pwi/wien/wienaktion.html> (Stand: 30.03.2020).

28) Informationen zur Wien-Aktion die über die angeführten, öffentlich zugänglichen Quellen hinausgehen wurden Mag. Kuri dankenswerterweise von der zuständigen Abteilung I/8a des BMBWF per E-Mail zur Verfügung gestellt.

29) https://www.bmbwf.gv.at/dam/jcr:dad28bee-2ef5-46ec-a296-554aa3b19ab0/wienaktion_leitfaden.pdf, Seite 8, (Stand: 30.03.2020).

30) 2016/17: 21.841, 2017/18: 21.189 und 2018/19 21.306



39 %³¹ der österreichischen SchülerInnen die Schule in den Bundesländern Wien und Niederösterreich besuchen und aufgrund der räumlichen Nähe zur Bundeshauptstadt dieses Angebot kaum bis gar nicht nutzen dürften. Dennoch kann die Wien-Aktion als Vorbild für Reisen nach Brüssel dienen.

Die Wienwoche bietet SchülerInnen eine ganze Woche Aufenthalt in der Bundeshauptstadt inklusive inhaltlichem Programm. Ankunft ist dabei am Sonntagnachmittag oder -abend. Von Montag bis Freitag gibt es zehn inhaltliche Blöcke, von denen die teilnehmenden Schulen je fünf aus einem Basis- und einem Erweiterungsprogramm wählen können, jeweils zwischen 09:00 und 16:15 Uhr. Zusätzlich steht an einem Abend ein Theaterbesuch auf dem Programm. Zuzüglich zum inhaltlichen Teil sind in den 165 Euro Teilnahmebetrag die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und eine Wochenkarte der Wiener Linien enthalten. Lediglich die Kosten für die Anreise sind nicht inkludiert.³² Den SchülerInnen bietet die Wien-Aktion damit einen kostengünstigen Zugang zum historischen, kulturellen und politischen Wien. Gleichzeitig können aufgrund der langfristigen Auslegung und der großen SchülerInnenzahl mit den beteiligten Betrieben derart günstige Preise ausverhandelt werden, dass die Kosten für die Wien-Aktion annähernd zur Gänze durch die TeilnehmerInnen-Beiträge gedeckt sind.

Europa.gemeinsam

Europa.gemeinsam³³ ist ein Projekt, das von mehreren Partnern durchgeführt wird und zum Ziel hat, österreichischen Lehrlingen über eine Reise nach Brüssel und Ypern die Europäische Union und

die Idee eines friedlichen Europas näher zu bringen. Die Finanzierung erfolgt hauptsächlich über den Zukunftsfonds der Republik Österreich³⁴. Der Verband Österreichischer Volkshochschulen hat ein pädagogisches Konzept entwickelt, das die Auseinandersetzung mit der Europäischen Union und die Vermittlung ihrer friedenssichernden Funktionen beinhaltet sowie die aktive Beteiligung der Lehrlinge fördert. Die Jugendlichen produzieren Videoclips, die in die filmische Dokumentation einbezogen werden. Die medienpädagogische Begleitung und die Anfertigung sowie Ausstrahlung der filmischen Dokumentation wurde bisher von der Tolikas Media Company³⁵ und Okto TV³⁶ übernommen.

„Die schriftliche Befragung der Lehrlinge hat ergeben, dass sich die Einstellung zur Europäischen Idee an und für sich sowie das Wissen über die EU verändert bzw. verbessert hat, was deutlich zeigt, dass solche Bildungsreisen demokratiepolitische Ziele erreichen können.“

Im Zuge des Projekts wurden drei Brüssel-Reisen³⁷ durchgeführt, eine vierte befindet sich in der Planungsphase und wird - aufgrund der aktuellen Situation rund um die COVID-19-Pandemie - zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden.

In Vorbereitung auf die jeweiligen Reisen wurden, soweit organisatorisch möglich, alle teilnehmenden Klassen mit einem Workshop aus der „Europa #wasistjetzt“-Serie der ÖGfE besucht und inhaltlich auf die Reise vorbereitet.

31) https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=055448 (Stand: 30.04.2020).

32) https://www.bmbwf.gv.at/dam/jcr:dad28bee-2ef5-46ec-a296-554aa3b19ab0/wienaktion_leitfaden.pdf (Stand: 30.03.2020).

33) Ein gemeinsames Projekt des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, der ÖGfE und der Diplomatischen Akademie Wien. <https://europagemeinsam.at/> (Stand: 23.03.2020).

34) <http://www.zukunftsfonds-austria.at/projects.php?aktion=suchen&suchbegriff=europa.gemeinsam#projectlist> (Stand: 06.04.2020).

35) <https://www.tolikas-media-company.com/> (Stand: 06.04.2020).

36) <https://oktothek.tv/de/sendung/europagemeinsam> (Stand: 06.04.2020).

37) An den drei durchgeführten Reisen nahmen 173 Lehrlinge, ihre BegleitlehrerInnen aus acht Bundesländern und VertreterInnen aller beteiligten Organisationen teil.



Die durchgeführten Reisen waren jeweils auf drei Tage ausgelegt und wurden von Sonntagmorgen bis Dienstagabend durchgeführt. Am ersten Tag fand die Anreise mit dem Flugzeug, eine Brüssel-Stadt-führung und ein Medienworkshop statt. Der zweite Tag widmete sich dem Besuch der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU sowie einem Abendempfang mit PolitikerInnen, JournalistInnen und beruflich in Brüssel stationierten ÖsterreicherInnen. Am dritten Tag wurde die Gedenkstätte für die Schlachten im Ersten Weltkrieg in Ypern besucht und am Abend wieder die Heimreise per Flugzeug angetreten.

Die Kombination aus aktueller europäischer Politik und geschichtlichen Aspekten wurde von den TeilnehmerInnen genauso positiv bewertet wie auch die Möglichkeit zum direkten und informellen Austausch mit PolitikerInnen und ExpertInnen. Negativ beurteilt wurde das sehr dichte Programm und die damit verbundene fehlende Freizeit zur selbstständigen Erkundung der Stadt. Darüber hinaus hat sich aus der, vor und nach der Reise durchgeführten, schriftlichen Befragung der Lehrlinge ergeben, dass sich die Einstellung zur Europäischen Idee an und für sich sowie auch das Wissen über die Europäische Union verändert bzw. verbessert hat. Dies zeigt deutlich, dass solche Bildungsreisen demokratiepolitische Ziele erreichen können.

Entsprechend der bisherigen Erfahrungswerte von Europa.gemeinsam wurde für den vierten Durchgang das Programm um einen Tag erweitert und mit Bedacht auf den Klimawandel eine Anreise per ÖBB-Nightjet geplant, nachdem dieser seit Jänner 2020 eine direkte Verbindung nach Brüssel bietet. Eine ungefähre Einteilung des geplanten Ablaufes ist in der folgenden Tabelle angeführt³⁸:

Tag 1: Sonntag
<u>Vormittag:</u> Anreise nach Wien
<u>Nachmittag:</u> Medientraining
<u>Abend:</u> Abreise nach Brüssel mit dem Nachtzug
Tag 2: Montag
<u>Vormittag:</u> - Ankunft in Brüssel - Transfer zum Hotel mit öffentlichen Verkehrsmitteln - Führung in Brüssel
<u>Nachmittag:</u> Besuch Europäische Kommission oder Europäisches Parlament
<u>Abend:</u> Zur freien Verfügung
Tag 3: Dienstag
<u>Vormittag:</u> Besuch Europäische Kommission oder Europäisches Parlament
<u>Nachmittag:</u> Besuch Europäisches Haus der Geschichte
<u>Abend:</u> - Abendessen in Brüssel mit MEPs und österreichischen PolitikerInnen - Informelle Diskussionen
Tag 4: Mittwoch
<u>Vormittag:</u> - Check Out - Transfer nach Ypern - In Flanders Fields Museum
<u>Nachmittag:</u> - Stadtführung Ypern - Transfer nach Brüssel
<u>Abend:</u> Abreise nach Österreich mit dem Nachtzug
Tag 5: Donnerstag
<u>Vormittag:</u> - Ankunft in Österreich - Rückreise zum Schulstandort vom nächstgelegenen Bahnhof an der Strecke

38) Die Evaluationen und Planungen liegen den Autoren vor, es ist derzeit allerdings keine Veröffentlichung vorgesehen. Zur ersten Reise gibt es unter <http://magazin.vhs.or.at/magazin/2017-2/263-winter-201718/bildungsthemen/europa-gemeinsam/>

(Stand: 01.04.2020) einen öffentlich zugänglichen Artikel.



Brüssel-Tage: Ideen zur Umsetzung

Führt man den Plan der Regierung mit den aktuellen Förderprogrammen der Bundesländer sowie den gesammelten Erfahrungen aus der Wien-Aktion und Europa.gemeinsam zusammen, lassen sich folgende Ideen für die Umsetzung und Struktur einer Serie an „Brüssel-Reisen“ ableiten.

„Das inhaltliche Programm könnte sich an jenen der Europa.gemeinsam-Reisen orientieren und gleichzeitig die Modularität der Wien-Aktion übernehmen, wobei der Schwerpunkt deutlich auf die Vermittlung der politischen Inhalte gelegt werden sollte.“

Um den SchülerInnen eine inhaltliche Grundlage für die Reise zu bieten, sind vorbereitende Workshops, wie sie unter anderem von EDI Steiermark oder der ÖGfE angeboten werden, ein guter Start. Dies wäre insbesondere in den ersten Projektjahren empfehlenswert, denn auch die begleitenden LehrerInnen würden davon profitieren. Auch zu einem späteren Zeitpunkt würden Workshops durch externe ExpertInnen noch immer eine gute Ergänzung zum regulären Unterricht darstellen. Die Vorbereitung auf die Brüssel-Reise könnte allerdings dann auch ausschließlich mit dem mittlerweile an den Schulen gewonnen Know-how durchgeführt werden.

Das Programm sollte sich auf politische und historische Inhalte konzentrieren, dadurch könnte es, im Gegensatz zur Wien-Aktion, auf drei Tage vor Ort verkürzt werden und die potentiellen Reisedaten würden sich dadurch vervielfachen.

Die An- und Abreise ließe sich mit dem ÖBB-Nightjet bewerkstelligen. Wird dieser auf eine tägliche Verbindung ausgebaut, könnten mit der derzeit geplanten Kapazität ab 2022 rund 10.000 SchülerInnen pro Schuljahr auf der Strecke befördert werden. Technisch wäre es mit einer Vorlaufzeit von zwei Jahren sogar möglich, die Kapazität weiter zu steigern, um rund 90.000 Jugendliche pro Schuljahr klimafreundlich mit dem Nachtzug reisen zu

lassen. Dies würde jedoch einer entsprechenden Absicherung des Programms seitens des Bundes bedürfen, da Investitionen in den Fuhrpark getätigt werden müssten, um dieser Personenzahl entsprechen zu können. Eine schrittweise Steigerung der Kapazität von 10.000 Personen ab dem Jahr 2022 auf bis zu 90.000 im Vollausbau ist jedenfalls nicht unmöglich und würde auch Vorteile seitens der Planbarkeit bzw. Skaleneffekte mit sich bringen³⁹. Um die Kosten auf das ungefähre Niveau der Wien-Aktion reduzieren zu können, bräuchte es ähnlich hohe TeilnehmerInnen-Zahlen (ca. 21.000 pro Jahr), denn bei geringeren TeilnehmerInnen-Zahlen wäre mit entsprechend höheren Preisen zu rechnen.⁴⁰

„Die An- und Abreise ließe sich mit dem ÖBB-Nightjet bewerkstelligen.“

Das inhaltliche Programm könnte sich an jenen der Europa.gemeinsam-Reisen orientieren und gleichzeitig die Modularität der Wien-Aktion übernehmen, wobei der Schwerpunkt deutlich auf die Vermittlung der politischen Inhalte gelegt werden sollte. Mögliche europapolitische Inhalte könnten beispielsweise ein Besuch der Europäischen Kommission, des Rates der Europäischen Union, des Europäischen Ausschusses der Regionen, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, der Vertretung des Bundeslandes⁴¹ der jeweiligen Schule oder des Hauses der Europäischen Geschichte umfassen. Beispiele für mögliche historische Inhalte bieten sich in Form eines Besuches des Flanders Fields Museum Ypern, des Schlachtfelds von Waterloo, des Afrikamuseums oder des Jüdischen Deportations- und Widerstandsmuseums. Zusätzlich könnte zur Orientierung und zum

39) Informationen zu Planungen und Kapazitäten des Nightjets entstammen Gesprächen und E-Mailverkehr mit der ÖBB.

40) Bei einem Vollausbau für alle betroffenen SchülerInnen ist es sogar denkbar, dass die individuellen Kosten für die SchülerInnen weiter sinken würden.

41) Bis auf Vorarlberg verfügen alle Bundesländer über eine derartige Vertretung.



„Ankommen“ in Brüssel auch eine Stadtführung angeboten werden.

„Die für die SchülerInnen anfallenden Kosten sollten sich niveaumäßig an denen der Wien-Aktion orientieren.“

Das Verhältnis von politischen zu historischen⁴² Inhalten aus dem Programm sollte dabei vier zu zwei betragen⁴³. Zu dem angebotenen Programm könnten analog zur Wien-Aktion natürliche zusätzliche Punkte durch Schulen gebucht, oder die Reise auf Wunsch auch verlängert werden. Eine solche Erweiterung des Programms müsste selbstverständlich außerhalb des ursprünglich organisierten Teils durchgeführt und separat bezahlt werden.

Die für die SchülerInnen anfallenden Kosten sollten sich niveaumäßig an denen der Wien-Aktion orientieren. Diese belaufen sich derzeit, wie schon erörtert, ohne Anreise auf 165 Euro für eine 5-Tage-Woche. Dementsprechend sollten die Kosten für eine dreitägige Brüssel-Reise inklusive Anreise für die TeilnehmerInnen nicht mehr als 220 Euro betragen. Der Beitrag könnte durch eine Förderung des jeweiligen Bundeslandes analog zur derzeitigen Fördersituation in Kärnten zusätzlich gesenkt werden. Damit wären neben den Kosten für die An- und Abreise per Nachtzug im 6-er Liegewagen mit derzeit rund 120 Euro, auch jene für die Unterbringung, Versorgung und das Ticket für öffentliche Verkehrsmittel sowie Eintritte in Museen in gleicher Höhe wie bei der Wien-Aktion⁴⁴ angesetzt. Allfällige höhere Kosten zu Beginn der Ausrollung des Programms bis die weiter oben erwähnten Skaleneffekte voll einsetzen

zen, könnten, um allen SchülerInnen eine leistbare Reise bieten zu können, vom Bundesbudget getragen werden⁴⁵. Die zentrale Organisation sollte wie bei der Wien-Aktion und der „Europa Aktion“⁴⁶ im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung angesiedelt sein, da dort das entsprechende Know-How zu verorten ist.

Schlussfolgerungen

Wo ein politischer Wille, ist auch ein Weg. Die österreichische Bundesregierung formuliert in ihrem aktuellen Regierungsprogramm eine Zielbestimmung, nämlich allen Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren, also im Gegensatz zur Wien-Aktion auch BerufsschülerInnen, eine Reise nach Brüssel zu ermöglichen. Die Idee ist wichtig und richtig. Ihre Umsetzung wäre ein weiterer Schritt, die nächste Generation stärker zu sensibilisieren und einzubinden, denn schon in der anstehenden Debatte über die Zukunft der Europäischen Union sollten ihre Ansichten berücksichtigt werden.

„Die zentrale Organisation sollte im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung liegen, um das Know-How des Ministeriums, bei der Organisation von Schulreisen in dieser Größenordnung, einsetzen zu können.“

Gedenkt man, so vielen Jugendlichen wie möglich, die Chance zu eröffnen, als Teil ihrer Ausbildung die „EU-Hauptstadt“ Brüssel persönlich kennenzulernen, braucht es eine mittelfristige Strategie und öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten, vor allem für die Anfangsphase des Projekts. Einerseits um den Schulen und LehrerInnen einen Anreiz zu dieser

42) Gemeint ist damit, im Kontext der Brüssel-Reise, vor allem die kriegerische Geschichte des europäischen Kontinents sowie auch ein kritisches Betrachten der europäischen Kolonialgeschichte aus belgischer Perspektive.

43) Kulturelles Programm, wie zum Beispiel Theaterbesuche, würden einerseits durch den zeitlichen Mehraufwand die Kosten steigen und andererseits bestünde auch das Problem der bestehenden Sprachbarriere.

44) In einer 3-tägigen Variante ohne Theaterbesuch betragen diese derzeit 100 Euro.

45) Öffentlich zugängliche Preise von kommerziellen Anbietern würden für eine vergleichbare Reise derzeit Kosten von ca. 350-400 Euro pro Person nahelegen und damit einen Zuschuss von 130-180 Euro pro Person benötigen um die angestrebten Kosten von 220 Euro für die TeilnehmerInnen erreichen zu können.

46) Angebot für ausländische Schulen, die Wien besuchen wollen.



Reise zu bieten, andererseits um den Jugendlichen und ihren Familien die Finanzierung zu erleichtern.

Darüber hinaus muss den Brüssel-Reisen ein fundiertes pädagogisches Konzept zugrunde liegen, das die Werte einer modernen, pluralistischen europäischen Demokratie vermittelt, auf die historischen Erfolge der europäischen Einigung verweist und verdeutlicht, dass es sich bei diesen keinesfalls um eine Selbstverständlichkeit handelt. Bei der Entwicklung des Konzepts könnten Organisationen, die bereits in diesem Bereich über einen längeren Zeitraum gearbeitet haben und über entsprechende Erfahrungswerte sowie Know-how verfügen, wie z. B. die ÖGfE oder Europa.gemeinsam, eingebunden werden. Der Vor- und Nachbearbeitung der Reisen muss vor diesem Hintergrund ein wichtiger Stellenwert beigemessen werden. Die zentrale Organisation sollte wie bereits erwähnt im BMBWF liegen, um das Know-How des Ministeriums, bei der Organisation von Schulreisen in dieser Größenordnung, einsetzen zu können.

„Durch die große Zahl an potenziellen TeilnehmerInnen könnte dieses Projekt mit verhältnismäßig geringem Aufwand des Bundes und günstigen TeilnehmerInnen-Beiträgen, umgesetzt werden.“

Ein Projekt dieser Größenordnung muss langfristig gedacht werden, denn der Wert (europäischer) Demokratie, ein Gefühl für die Vielfalt Europas und deren Zusammenhalt muss von Generation zu Generation weitergegeben werden. Die Tatsache, dass die, in gewissen Aspekten ähnliche, Wien-Aktion bereits seit sieben Jahrzehnten erfolgreich besteht, bedeutet auch, dass finanzielle Planungssicherheit für potentielle Partner benötigt wird, etwa hinsichtlich weiterer Investitionen in die Zugverbindung nach Brüssel, die für die Umsetzung notwendig sind.

Durch die große Zahl an potenziellen TeilnehmerInnen könnte dieses Projekt mit verhältnismäßig geringem Aufwand des Bundes und günstigen

TeilnehmerInnen-Beiträgen, umgesetzt werden.⁴⁷ Lediglich in der Anlaufphase wäre mit notwendigen Zuschüssen zu rechnen.

Österreich könnte die Realisierung dieses nachhaltig wirkenden Bildungsprojektes durchaus auch als Best-Practice-Projekt innerhalb der EU präsentieren, mit dem Ziel, andere EU-Mitgliedstaaten dazu zu motivieren, ähnliche Vorhaben in Angriff zu nehmen.

Über die Umsetzung dieser Zielbestimmung müsste jetzt nachgedacht und die konkrete Planung entwickelt werden. Denn die Möglichkeit vermehrt zu reisen wird auch für Schulen zurückkommen.

⁴⁷⁾ Würde man die Organisation den Schulen überlassen, müsste man von mehr als doppelt so hohen Preisen ausgehen. Um diese Mehrkosten für die SchülerInnen ausgleichen zu können, müsste der Bund im Vollausbau jährlich über 20 Millionen Euro zuschießen.



Über die Autoren

Mag. Peter Kurri (*1985) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektmanager bei der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Er studierte Geschichte und Niederlandistik an der Universität Wien sowie am Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung an der Alpen Adria Universität. Seit 2014 leitet er die EUROPA #wasistjetzt Workshops der ÖGfE in Schulen in ganz Österreich. Seit 2017 ist er Mitglied des Teams des Projekts Europa.gemeinsam.

Kontakt: peter.kurri@oegfe.at

Mag. Paul Schmidt (*1975) ist seit September 2009 Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Davor war er für die Oesterreichische Nationalbank in Wien und in Brüssel tätig. Er studierte Internationale Beziehungen, Politikwissenschaften und Publizistik an Universitäten in Österreich, Spanien sowie den USA und ist Alumni der Diplomatischen Akademie in Wien.

Kontakt: paul.schmidt@oegfe.at

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jener Organisation, für die die Autoren arbeiten, überein.

Schlagwörter

Politische Bildung, Europabildung, Regierungsprogramm, Nachtzug, Brüssel, Europas Jugend, Europas Zukunft

Zitation

Kurri, P., Schmidt, P. (2020). *Next Generation EU: Die Europa-Hauptstadt Brüssel für Jugendliche erlebbar machen*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 16'2020

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt

Verantwortlich: Dr. Susan Milford-Faber

Tel.: +43 1 533 4999

Fax: +43 1 533 4999 – 40

E-Mail: policybriefs@oegfe.at

Web: <http://oegfe.at/policybriefs>